

Medienkonferenz des LVB am 18. März 2014

1. Über 1100 Baselbieter Lehrkräfte fordern eine Kurskorrektur. Worum es ihnen geht.

Dass über 1100 Baselbieter Lehrkräfte mit ihrer Unterschrift für ein politisches Anliegen eintreten, kommt nicht häufig vor. Ich denke sogar, dass es, mit Ausnahme vielleicht der beiden Münchensteiner Initiativen für die Einführung eines zivilen Ersatzdienstes (1977) und gegen die Verkürzung des Gymnasiums (1998), etwas Vergleichbares noch nie gegeben hat. Lehrkräfte aller Stufen, von der Primarstufe über die Sekundarstufe bis hin zum Gymnasium und den Berufsschulen haben unterschrieben. Das ist umso erstaunlicher, wenn man bedenkt, dass das Anliegen, für das sie ihre Stimme gegeben haben, direkt nur die Sekundarstufe 1 betrifft, und auch dort nur einen ganz spezifischen Punkt, nämlich die Ausbildung der Sekundarlehrerinnen und Sekundarlehrer.

Bis vor etwa 10 Jahren waren die Realschulen – das heutige Niveau A der Sekundarschule – von dem, was man damals die Sekundarschule und das Progymnasium nannte und was heute die Niveaus E und P der Sekundarschule sind, völlig getrennt. In der Regel waren es unterschiedliche Schulen an unterschiedlichen Standorten mit unterschiedlichen Schulleitungen, und auch die Ausbildungen zu Reallehrkräften und Sekundarlehrkräften waren grundsätzlich verschieden. Reallehrkräfte waren Allrounder und unterrichteten ein breites Spektrum an Fächern. Im Mittelpunkt ihrer Arbeit stand und steht heute noch die pädagogische Herausforderung. Sekundarlehrkräfte der heute als Niveaus E und P bezeichneten Leistungszüge unterrichteten selten mehr als drei Fächer, dies jedoch mit einem fachlich höheren Anspruch. Während die Ausbildung der Reallehrkräfte ausschliesslich an den Seminarien stattfand, absolvierten die übrigen Sekundarlehrkräfte ihre Ausbildung mehrheitlich an der Universität.

Zeitgleich mit der Gründung der Pädagogischen Hochschule der FHNW begann auch die Zusammenführung des Niveaus A mit den übrigen Niveaus der Sekundarstufe 1. Bei der Ausbildung der Lehrkräfte wurde nicht mehr zwischen den Zielniveaus unterschieden, d.h., die neu ausgebildeten Sek I-Lehrkräfte sind berechtigt, auf allen drei Niveaus zu unterrichten.

Weiterhin gibt es jedoch zwei Ausbildungsgänge für Sekundarlehrkräfte: Den sogenannten *integrativen* Ausbildungsgang, der vollständig an der PH FHNW stattfindet, und bei dem der pädagogische, der fachwissenschaftliche und der fachdidaktische Anteil *gleichzeitig* erworben werden, und den sogenannten *konsekutiven* Ausbildungsgang, bei welchem die Studierenden zunächst einen fachwissenschaftlichen Bachelor an der Universität erwerben, und anschliessend die fachdidaktische und pädagogische Ausbildung an der Pädagogischen Hochschule absolvieren.

Obwohl beide Ausbildungsgänge zu einem EDK-anerkannten Abschluss führen, entscheidet sich der überwiegende Anteil der Studierenden aus zwei Gründen für den integrativen Studiengang an der PH: Erstens dauert der konsekutive Studiengang länger, und zweitens studiert man im konsekutiven Studiengang lediglich zwei Fächer, statt drei wie im integrativen Studiengang. Mit nur zwei Unterrichtsfächern ist man als Lehrkraft auf der Sek I weniger flexibel einsetzbar als mit drei Unterrichtsfächern, und hat entsprechend weniger gute Chancen auf dem Stellenmarkt. Wie wenn das nicht genug wäre, besteht Baselland ausserdem darauf, Sek I-Lehrkräfte, welche

nur zwei Fächer unterrichten können, lohnmässig schlechter einzureihen. Dies drängt den konsekutiven Studiengang weiter ins Abseits.

Die fachliche Ausbildung der Sekundarschullehrkräfte an der PH FHNW ist jedoch, verglichen mit derjenigen im konsekutiven Ausbildungsgang, äusserst bescheiden. Gerade einmal 23 ECTS-Punkte sind pro Fach vorgesehen, verglichen mit 60 ECTS-Punkten im konsekutiven Studiengang.

Die Situation könnte sich weiter verschärfen, wenn mit den im Lehrplan 21 vorgesehenen Kombifächern „Natur und Technik“ (mit Biologie, Chemie und Physik), „Räume, Zeiten, Gesellschaften“ (mit Geschichte und Geografie) sowie „Wirtschaft, Arbeit, Haushalt“ (mit Hauswirtschaft und Wirtschaft) ernst gemacht wird: Würden etwa für die fachwissenschaftliche Ausbildung in „Natur und Technik“ auch nur 23 ECTS-Punkte zur Verfügung stehen, wären es für die Einzeldisziplinen Biologie, Chemie und Physik gerade einmal noch 7-8 ECTS-Punkte. Das ist deutlich weniger, als das, was Schülerinnen und Schüler bis zur Matur in diesen Fächern bewältigen müssen!

Uns stellt sich nun die Frage, ob diese Fächer, die zusammengelegt und deren Jahreslektionenzahl zum Teil gekürzt werden sollen, wirklich weniger wichtig geworden sind, besonders, wenn man sieht, wie die Schweiz verzweifelt nach Fachkräften gerade im naturwissenschaftlichen Bereich sucht. Diese sind ja auch am Standort Basel nicht ganz unwichtig.

Ist also die geplante Kürzung der Lektionen an den Schulen und eine Kürzung der fachwissenschaftlichen Ausbildung der Lehrkräfte wirklich zu empfehlen?

Die über 1100 Lehrkräfte, welche den Aufruf „Qualität an den Schulen und in der Ausbildung der Sek I-Lehrkräfte“ unterschrieben haben, halten dies für völlig ungenügend. Und sie sind damit nicht allein: Im Januar wurden von Daniel Goepfert und von Marc Joset im Grosse Rat (BS) und im Landrat (BL) gleichlautende Postulate eingereicht, welche fordern, dass der fachwissenschaftliche Anteil der Ausbildung der Sek I-Lehrkräfte an der PH FHNW auf 60% erhöht wird. Noch weiter geht die am 27. Februar lancierte Initiative des Komitees „Starke Schule Baselland“, welche sogar fordert, die Fachausbildung der Sek I-Lehrkräfte ganz an die Universität zu verlagern.

Die Forderungen, für die über 1100 Basellandschaftliche Lehrkräfte ihre Unterschrift gegeben haben, sind vergleichsweise allgemein gehalten. Sie lauten:

1. Die Teilfächer der neuen Kombifächer sollen ausschliesslich von Lehrpersonen unterrichtet werden, die dafür fachwissenschaftlich adäquat ausgebildet sind.
2. Der fachwissenschaftliche Anteil der Ausbildung angehender Sek-I-Lehrpersonen an den Pädagogischen Hochschulen muss massiv erhöht werden.
3. In der Ausbildung angehender Sek-I-Lehrpersonen muss jedes Teilfach als eigenständiges Fach zählen.

Die über 1100 Unterschriften hierfür sind in den Monaten Januar und Februar 2014 zusammengekommen. Möglich war dies nur dank der hervorragenden Arbeit eines Komitees von Sek I-Lehrkräften, welches an der heutigen Medienkonferenz mit Nadine Berger und Lukas Erni vertreten ist, und dessen Leistung höchsten Respekt verdient. Ganz besonders danken möchte ich an dieser Stelle Otto Schwarzenbach von der Sekundarschule Oberwil, der das Komitee leitet, die Unterschriftensammlung ko-

ordiniert hat und eine perfekte Zusammenarbeit zwischen dem Komitee und der LVB-Geschäftsleitung möglich gemacht hat. Zum Vergleich: Das Memorandum „550 gegen 550“ des Bieler Reallehrers Alain Pichard hat zwar in einem ähnlichen Zeitraum ähnlich viele Unterschriften erzielen können, diese stammen aber aus der gesamten Deutschschweiz und grundsätzlich konnte jedermann daran teilnehmen. Unsere Unterschriften stammen aus einem einzigen Kanton, und zudem ausschliesslich von Lehrkräften und Schulleitungsmitgliedern! Unter den Unterzeichnenden finden sich auch viele Lehrpersonen, die in den vergangenen Jahren für die PH als Praxislehrkräfte im Einsatz standen. Sie kennen daher die heutige Ausbildung durch den Kontakt mit den von ihnen betreuten Studierenden bestens.

In den zwei Monaten der Unterschriftensammlung haben wir verschiedene Gespräche mit Lehrerinnen und Lehrern geführt. Diese haben uns klar gemacht, dass die genannten Forderungen trotz der grossen Zustimmung in Teilen der Lehrerschaft auch Fragen und Skepsis auslösen: Was bedeutet unsere erste Forderung beispielsweise für eine Lehrkraft, die eine Ausbildung in Biologie und Chemie, nicht aber in Physik vorweisen kann? Soll sie in Zukunft vom Unterricht im Fach „Natur und Technik“ ganz ausgeschlossen werden? Unsere Antwort ist ganz klar eine andere: Der Unterricht in „Natur und Technik“ muss so organisiert werden können, dass es möglich bleibt, ihn auch auf mehrere Lehrkräfte aufzuteilen.

Der Kanton BL plant in diesem Zusammenhang Kurzausbildungen auf dem Niveau ‚weniger als ein CAS‘. Eine Ausbildung für Lehrpersonen auf diesem Level ist nicht seriös, führt zu fachwissenschaftlich minderwertigem Unterricht, kann zu Sicherheitsrisiken im praktischen Chemieunterricht führen und schadet dem Ansehen des Berufsstands. Auch Eltern teilten uns dezidiert mit, dass sie gut ausgebildete Lehrpersonen für ihre Kinder wollen.

Wenn der Kanton der Meinung ist, man könne die neuen Kombifächer nicht auf mehrere Lehrpersonen aufteilen, muss er fundierte Weiterbildungen anbieten und keine Schnellbleichen, und er muss dafür Lehrkräfte vom Unterricht entlasten. Niemand kann zu 100% arbeiten und sich nebenbei noch ein weiteres Fach aneignen.

Ebenso muss geklärt werden, was wir denn als fachwissenschaftlich adäquate Ausbildung ansehen. Diese Frage hängt nämlich durchaus auch vom Anforderungsniveau der Schülerinnen und Schüler ab. Für den Fachunterricht auf dem Niveau P und mindestens in gewissen Fächern auch auf dem Niveau E sind 23 ECTS-Punkte schlicht ungenügend. Wer wissbegierige Schülerinnen und Schüler mit einem hohen intellektuellen Potential so unterrichten will, dass der Funke der Begeisterung für das Fachgebiet überspringt, muss selbst fachlich sehr viel mehr drauf haben, als gerade einmal den Unterrichtsstoff. Was uns aber in den Diskussionen der vergangenen Monate ebenfalls bewusst geworden ist, ist, dass eine einseitige Betonung des fachwissenschaftlichen Anspruchs dem Niveau A, wo die Herausforderung primär darin besteht, mit viel Beziehungsarbeit die Bedingungen für einen geordneten und zielführenden Unterricht zu schaffen, auch wieder nicht gerecht würde. Für den Unterricht im Niveau A braucht es Lehrkräfte mit einem fundierten pädagogischen und auch heilpädagogischen Wissen, und es braucht möglichst kleine Klassenteams, die miteinander die Verantwortung für ihre Klassen übernehmen. Entsprechend braucht es in der fachwissenschaftlichen Ausbildung dieser Lehrkräfte mehr Breite als Tiefe.

Vor diesem Hintergrund sind wir von den zuvor präsentierten Forderungen in einem Punkt ein wenig abgerückt. Es muss nicht sein, dass der fachwissenschaftliche Anteil der Ausbildung angehender Sek-I-Lehrpersonen an den Pädagogischen Hochschulen, also im integrativen Lehrgang *massiv* erhöht wird. Eine *deutliche* Erhöhung, würde genügen, wenn der konsekutive Studiengang so aufgewertet würde, dass beide Studiengänge endlich gleichgestellt würden, erstens durch die Aufnahme eines dritten Fachs in das Bachelorstudium des konsekutiven Studiengangs, (wie es früher die Regel war), zweitens durch die Aufhebung des heutigen Lohnunterschieds und drittens durch die Angleichung der Ausbildungsdauer. Selbstverständlich müsste im integrativen Studiengang der immer noch geringere fachwissenschaftliche Anteil durch eine entsprechend intensivere pädagogische Ausbildung kompensiert werden und sich insbesondere auch intensiv dem Thema Berufswahl widmen.

Verhindert wird diese Lösung bisher leider dadurch, dass alle Beteiligten daran interessiert sind, ihre Partikularinteressen zu verteidigen: Die Schulleitungen und das Personalbüro wollen keine Lehrkräfte, die nur zwei Fächer unterrichten können, und beharren daher auf dem bestehenden Lohnklassenunterschied. Die Pädagogische Hochschule kauft den fachwissenschaftlichen Teil des konsekutiven Studiengangs bei der Universität ein, und die Universität will für das Geld, das ihr die PH dafür zahlt, keine Dreifächerausbildung anbieten. Ausserdem ist sie als pädagogische Hochschule eben auf Pädagogik spezialisiert und hat wenig Interesse daran, viel Geld in Dozierende für andere Fachwissenschaften zu investieren. Dass die FHNW und die Universität Basel in einer direkten Konkurrenzsituation stehen, befördert ihren Willen zu einer konstruktiven Zusammenarbeit auch nicht.

Der Aufruf der über 1100 Baselbieter Lehrkräfte für Qualität an den Schulen und in der Ausbildung der Sek I-Lehrkräfte an die Adresse der Politik enthält im Kern zwei Botschaften. Die eine besteht darin, endlich die bestehende, fachwissenschaftlich hochstehende Ausbildung der Sekundarlehrkräfte an der Universität entweder in der heutigen Form als vollwertig anzuerkennen (und entsprechend nicht mehr lohnmässig zu diskriminieren) oder beide Studiengänge so anzupassen, dass sie in Zukunft gleichermassen attraktiv sind. Wir glauben, dass die bestehenden zwei Ausbildungsgänge sich ideal ergänzen könnten, um sowohl das fachwissenschaftlich anspruchsvolle Niveau P wie auch das pädagogisch anspruchsvolle Niveau A befriedigend abzudecken. Wir glauben auch, dass damit unterschiedliche Persönlichkeiten für den Lehrerberuf auf der Sekundarstufe I angesprochen werden können, und dass eine Sekundarschule unter einem Dach nur mit einem guten Mix aus stärker pädagogisch und aus stärker fachwissenschaftlich geprägten Lehrkräften optimal funktionieren kann.

Die zweite Botschaft hinter diesem Aufruf besteht darin, zu einem verantwortungsvollen Umgang mit den geplanten Kombifächern zu finden im dem Sinne, wie es hier vorher dargelegt worden ist. In diesem Punkt sind wir verhalten optimistisch.

Hinsichtlich unseres Anliegens, in Zukunft ausschliesslich Lehrkräfte mit einer pädagogisch wie fachlich profunden Ausbildung an unseren Sekundarschulen anstellen zu können, sehen wir hingegen keinerlei Bewegung, und wir müssen unserer Bildungsdirektion klar machen, dass über 1100 Lehrkräfte in diesem Kanton es nicht mehr hinnehmen, dass dieser Ausbildungs-Missstand, der nun schon seit einigen Jahren existiert, einfach ignoriert wird. Die über 1100 unterschreibenden Lehrerinnen und Lehrer sprechen sich auch klar dagegen aus, dass man fehlende Teilfächer in den neuen Kombifächern durch Kurzausbildungen nachholen kann. Stattdessen sollen

diese Teilfächer, wenn nötig, auch weiterhin von verschiedenen Lehrkräften unterrichtet werden.

Das Komitee "Qualität an den Schulen und in der Ausbildung der Sek I-Lehrkräfte" hat seinen Teil der Arbeit in hervorragender Art und Weise erledigt. Es ist nun an der LVB-Geschäftsleitung, dem Willen der über 1100 unterzeichnenden Lehrkräfte Nachdruck zu verleihen. Die Geschäftsleitung wird dazu mit allen Beteiligten, der Bildungsdirektion unseres Kantons, der AKK, der vierkantonalen Leitungskonferenz der Volksschule, den Lehrerinnen- und Lehrerverbänden der drei übrigen Bildungsraumkantone, der PH FHNW, der Universität Basel, der kantonalen Parlamente und dem LCH Kontakt aufnehmen und nach Lösungen suchen.

Fragen zum ersten Teil zulassen, evtl. eine kleine Pause einlegen.

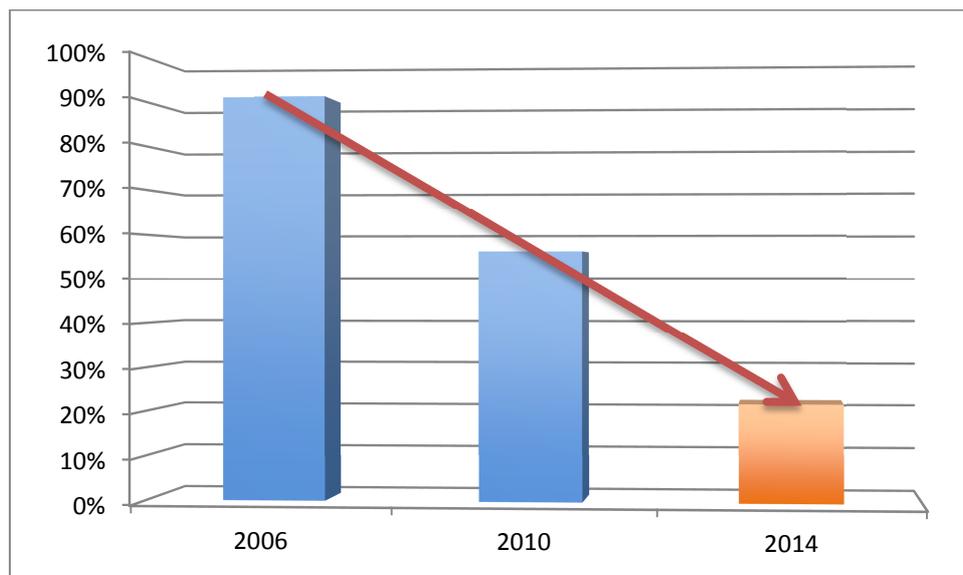
2. Soll der Kanton Baselland aus dem HarmoS-Konkordat austreten? Wie sich der LVB zur HarmoS-Austrittsinitiative positioniert – und warum

Vor 8 Jahren, nämlich am 21. Mai 2006, erklärten 86% der Schweizer Stimmbevölkerung ihre Zustimmung zur „Harmonisierung des Schulwesens im Bereich des Schulintrittsalters und der Schulpflicht, der Dauer und Ziele der Bildungsstufen und von deren Übergängen sowie der Anerkennung von Abschlüssen“. In Baselland lag die Zustimmungsrate gar bei 91%.

Erst halb so lang zurück liegt der Beitritt des Kantons Baselland zum HarmoS-Konkordat: 56% der Stimmbevölkerung sagten am 26. September 2010 noch Ja dazu, den 2006 eingeschlagenen Weg fortzuführen. Innerhalb von nur vier Jahren sank die Zustimmung zum HarmoS-Projekt um 35%.

Inzwischen schreiben wir das Jahr 2014, und es stellt sich vor dem Hintergrund der angekündigten HarmoS-Austritts-Initiative die Frage, ob sich der zwischen 2006 und 2010 feststellbare Abwärtstrend fortgesetzt hat.

Der LVB hat in dieser zentralen Frage seine Mitglieder befragt, und als Ergebnis dieser Umfrage sehen wir eine geradezu frappante lineare Fortsetzung des bisherigen Trends:



77.6 % der LVB-Mitglieder, welche sich an der Umfrage beteiligt haben, haben die Frage, ob der LVB einen Austritt des Kantons Baselland aus dem HarmoS-Konkordat unterstützen soll, mit Ja beantwortet. Somit votierten nur 22.4 % derjenigen Mitglieder, die an der Umfrage teilgenommen haben, für einen Verbleib in HarmoS. Nicht

ignorieren dürfen wir auch, dass sich viele Mitglieder nicht zu einem Entscheid für oder gegen HarmoS durchringen konnten – wir werden darauf noch zu sprechen kommen.

Natürlich muss die Haltung unsere Mitglieder in dieser Frage für die Baselbieter Bevölkerung nicht repräsentativ sein. Dass sich aber derart wenige Mitglieder, und zwar absolut wie auch prozentual, für einen Verbleib in HarmoS aussprechen, ist ein alarmierendes Signal, das wir in dieser Deutlichkeit selbst nicht erwartet hätten. Denn die Harmonisierung der Schweizerischen Schullandschaft ist durchaus ein erstrebenswertes Ziel, und die Ernüchterung über die Art, wie diese Harmonisierung angepackt wird, muss sehr gross sein, um ein solches Resultat hervorzubringen.

Anlass dafür, dass wir unsere Mitglieder überhaupt befragt haben, war natürlich die vom Komitee „Starke Schule Baselland“ geplante Initiative zum HarmoS-Austritt. Für die LVB-Geschäftsleitung war von Anfang an klar, dass sie sich in dieser grundsätzlichen Frage auf die Meinung ihrer Mitglieder stützen muss, und sie hat daher eine Mitgliederbefragung initiiert, die bis Ende Februar lief.

Wie interpretieren wir nun dieses Ergebnis? Dass derart wenige Mitglieder für einen Verbleib im HarmoS-Konkordat votiert haben, zeigt aus Sicht der LVB-Geschäftsleitung einen tiefgehenden Vertrauensverlust auf. Bildungsdirektor Urs Wüthrich-Pelloli hat vor der Abstimmung 2010 immer wieder darauf hingewiesen, dass genügend Mittel für die Umstellung auf HarmoS zur Verfügung stünden. Tatsächlich sind für die Fremdsprachenweiterbildungen der Primarlehrkräfte erhebliche Geldmittel eingesetzt worden. Trotzdem haben die Primarlehrkräfte, welche diese Weiterbildungen absolviert haben, immer noch viel unbezahlte Zeit investiert. Dieselben Primarlehrkräfte stehen jetzt vor der Aufgabe, sich auf das Unterrichten des 6. Schuljahrs vorzubereiten. Dass dafür niemals Geld eingeplant war und man davon ausging, die Primarlehrkräfte könnten dies in den kommenden zwei Jahren innerhalb ihrer regulären Weiterbildungszeit – diese beträgt bei einer Vollzeitstelle jährlich eine Woche – aneignen, erfahren die Betroffenen erst jetzt. Ähnlich ergeht es den Sekundarlehrkräften, welche eines, aber nicht alle Teilfächer eines der neuen Kombifächer unterrichten. Auch sie sollen sich die fehlenden Kenntnisse innerhalb der für die Weiterbildung vorgesehenen unterrichtsfreien Zeit – sprich einer Woche pro Jahr – aneignen. Das ist, wie wir schon im ersten Teil festgestellt haben, fachlich völlig ungenügend, läuft aber, wie bei den Primarlehrkräften, einmal mehr auf eine erhebliche Menge an unbezahlter Arbeit heraus.

Gleichzeitig deckt die BKSD die Lehrkräfte mit neuen Projekten ein, die zwar mit dem Label „Bildungsharmonisierung“ legitimiert werden, aber weit über das hinausgehen, was für HarmoS wirklich erforderlich wäre. Inzwischen sind die BKSD und das AVS nicht mehr dazu in der Lage, mit ihrem eigenen Personal die Fülle der angestossenen Projekte Fremdsprachen, Mehrdisziplinendidaktik, Checks und Aufgabensammlung, Lehrplan 21, Pädagogische Kooperation, Integrative Schulung, schulische Laufbahn, Umstellung auf 6/3 usw. zu bearbeiten und rekrutieren deshalb auf Mandatsbasis Schulleitungen als zusätzliches Reformpersonal. Dass gleichzeitig mit HarmoS auch noch die Pflichtstundenzahl der Fachlehrkräfte der Sekundarschulen erhöht wurde, was 2010 ebenfalls noch nicht absehbar war, lässt bei vielen Lehrkräften das berechnigte Gefühl aufkommen, dass die Bildungsdirektion jegliches Mass dafür, was man ihnen zumuten kann, und was nicht, verloren hat.

Dies ist jedoch nur die eine und offensichtliche Seite des Vertrauensverlusts. Zu befürchten ist, dass viele Lehrkräfte auch das Vertrauen in die Sinnhaftigkeit der derzeitigen Reformprozesse verloren haben. Das wäre besonders fatal. Bildungsforscher machen immer wieder darauf aufmerksam, dass Reformen nur dann gelingen können, wenn sie von den Lehrpersonen getragen werden. Reformen an den Lehrpersonen vorbei sind zum Scheitern verurteilt. Für die LVB-Geschäftsleitung kommt hinzu, dass die BKSD-Spitze bei der Umsetzung ihrer Bildungsharmonisierungsstrategie keinerlei Gesprächsbereitschaft zeigt. Wenn nun HarmoS hauptsächlich dazu dient, die sozialpartnerschaftliche Mitsprache auszuschalten und immer neue Belastungen der Lehrkräfte zu rechtfertigen, liegt die Forderung nach einem Austritt aus HarmoS auf der Hand. Es wäre eine Notbremse.

Das Vertrauen in HarmoS wird auch bei einem Blick über die Kantonsgrenzen hinaus erschüttert. Was wurde hier eigentlich harmonisiert? Der HarmoS-Kanton Zürich nimmt sich das Recht hinaus, die erste Fremdsprache schon ab der 2. Klasse zu unterrichten. Der HarmoS-Kanton Tessin darf beim System 5/4 bleiben. Der HarmoS-Kanton Schaffhausen schickt sich an, die zweite Fremdsprache in der Primarschule für freiwillig zu erklären. Der Nicht-HarmoS-Kanton Aargau erfüllt freiwillig alle HarmoS-Regeln, beginnt aber als einziger Kanton des Bildungsraums Nordwestschweiz mit Englisch als erster Fremdsprache. Im Hinblick auf die Kompatibilität der Schulsysteme sind die Kantone mit Ausnahme der beiden Basel seit 2006 weiter auseinandergedriftet als je zuvor.

Vor diesem Hintergrund ist die Behauptung, ein Austritt Basellands aus dem HarmoS-Konkordat würde aus unserem Kanton eine Bildungsinsel machen, reine Panikmache. Wie das Beispiel Aargau zeigt, kann auch ein Nicht-HarmoS-Kanton sich in Richtung eines gemeinsamen Schulsystems bewegen. Allerdings könnte man sich dabei auf diejenigen Schritte beschränken, welche wirklich dazu beitragen, die Kompatibilität der kantonalen Schulsysteme zu verbessern. Ob Geschichte und Geografie als eines oder als zwei Fächer gelten, spielt diesbezüglich überhaupt keine Rolle. Ob die erste Fremdsprache Französisch oder Englisch ist, dagegen schon.

Für die Bevölkerung ist HarmoS bislang vor allem ein Kostenfaktor: Wenn die Gemeinden 500 Millionen Franken für neue Schulhausbauten ausgeben müssen und der Kanton 13 Millionen Franken für Umschulungen spricht, die freilich den effektiven Aufwand der Lehrkräfte nur zu einem kleinen Teil decken, sollte für die Steuerzahlenden dabei auch ein Mehrwert heraus schauen. Vom ursprünglich versprochenen Mehrwert, nämlich dem Abbau der Mobilitätshindernisse zwischen den Kantonen, ist kaum etwas in Erfüllung gegangen und viele Menschen haben den Eindruck, seit der HarmoS-Abstimmung werde an den Schulen alles Mögliche angerissen – nur nicht das, was man vor der Abstimmung versprochen hatte. Immer wieder bekommen wir den Begriff „Etikettenschwindel“ zu hören. Der Lehrplan 21 ist selbst unter anerkannten Bildungsforschern wie Walter Herzog oder Rudolf Künzli hoch umstritten, der Erfolg der Frühfremdsprachen zumindest fraglich.

Die Frage, wie eng sich ein HarmoS-Kanton an die Vorgaben des Lehrplans 21 halten muss, ist unklar. Der HarmoS-Kanton Schaffhausen, der jetzt das Obligatorium für die 2. Fremdsprache in der Primarschule abschaffen will, scheint damit einen eher lockeren Umgang zu pflegen. Die am 13.2.2014 von Sabrina Corvini-Mohn im Landrat

gestellte Frage, ob ein HarmoS-Kanton den Unterricht in der 2. Fremdsprache für die schwächsten Schülerinnen und Schüler als freiwillig deklarieren dürfe, und ob die Schaffung der Kombifächer obligatorisch sei, hat Bildungsdirektor Urs Wüthrich-Pelloli jedoch sehr ausweichend beantwortet. Es ist also zu befürchten, dass die HarmoS-Mitgliedschaft die Kantone in Detailfragen, die für die Beseitigung von Mobilitätshindernissen völlig unbedeutend sind, verbindlich festlegt, während die grössten Mobilitätshindernisse weiterhin bestehen bleiben.

Das HarmoS-Konkordat macht den Kantonen einen Austritt nicht leicht. Das liegt daran, dass HarmoS ein Knebelvertrag ist: Ein Austritt, so er denn beschlossen wird, tritt gemäss Art. 14 „in Kraft auf Ende des dritten der Austrittserklärung folgenden Kalenderjahres.“ Die Frage nach einem HarmoS-Austritt gerade zum jetzigen Zeitpunkt stellt sich aber auch gerade angesichts dieser Hürde: Wenn wir nicht wissen, was HarmoS in Zukunft noch bringt, wollen wir dann das Risiko eingehen, dies in jedem Fall mitmachen zu müssen? Dabei ist nicht nur die noch unbekannte Endfassung des Lehrplans 21 gemeint. Anzunehmen ist auch, dass die Bildungsverwaltungen, die im Zuge von HarmoS enorm gewachsen sind, ähnlich wie die Rheinstrasse nicht mehr zurückgebaut werden und das Dauerreformieren der Schule ungebremst weiter geht. Oder glauben Sie, dass ein Verwaltungsangestellter, der für eine bestimmte Aufgabe eingestellt worden ist, nach vollendeter Mission zu seinem Chef geht und sagt: „So, erledigt, ich gehe jetzt wieder.“ Niemand macht das. Stattdessen werden munter allerlei neue Projekte geschnürt und bestehende evaluiert und weiterentwickelt, im Vier-Wochen-Takt wird das pädagogische Rad immer wieder neu erfunden, damit all diese Stellen dauerhaft legitimiert erscheinen. In diesem Zusammenhang empfehle ich Goethes Wort: „Es gibt nichts Entsetzlicheres als tätige Unwissenheit.“ Kurzum: Wir schätzen die Gefahr als sehr gross ein, dass HarmoS in Zukunft noch mehr Bildungsbürokratie bedeutet, finanziert durch Ressourcen, die wiederum im Schulalltag fehlen.

Von verschiedener Seite wird betont, dass ein HarmoS-Austritt jetzt noch mehr Unsicherheit schaffen würde. Genau in diesem Umstand verorten wir auch die grosse Zahl an LVB-Mitgliedern, welche sich weder für noch gegen einen HarmoS-Austritt aussprechen mochten: Sie sind nicht bereit, sich weiterhin klar zu HarmoS zu bekennen, befürchten aber, dass auch ein HarmoS-Austritt neue Probleme schafft. Es ist uns wichtig, auch diesen Mitgliedern gerecht zu werden. Dazu möchten wir im Folgenden skizzieren, wie es aus unserer Sicht im Fall eines HarmoS-Austritts weitergehen müsste: An den bereits beschlossenen und teilweise umgesetzten Schritten, die der Kanton in Richtung Harmonisierung des Schweizerischen Bildungssystems bis jetzt unternommen hat, könnte und dürfte auch ein HarmoS-Austritt nichts mehr ändern: Weder ist es denkbar, den Wechsel vom System 5/4 zum System 6/3 rückgängig zu machen, noch die Vorverlegung des Fremdsprachenunterrichts zurückzunehmen, noch das Konzept der integrativen Schulung aufzugeben. Primarlehrkräfte und Gemeinden haben bereits so viel Zeit und Geld in die Verschiebung des 6. Schuljahrs an die Primarschule investiert, dass ein Abbruch des Umbaus auf 6/3 nicht mehr zu verantworten wäre. Die integrative Schulung ihrerseits ist rechtlich nicht auf dem HarmoS-Konkordat, sondern auf dem Konkordat Sonderpädagogik abgestützt und wäre daher von einem Austritt aus HarmoS ohnehin nicht betroffen.

Auf eine überhastete Einführung des Lehrplans 21 auf das Schuljahr 2015/16 hin könnte dagegen getrost verzichtet werden. Getreu der von Bildungsdirektor Urs Wüthrich selbst herausgegebenen Devise „Sorgfalt vor Tempo“ könnte der Lehrplan 21, wenn er denn in einer definitiven Version vorliegt, in aller Ruhe auf die Basellandschaftlichen Verhältnisse (Stichworte: dreigliedrige Sekundarschule, getrennter Unterricht in Kindergarten und Unterstufe) angepasst und *dann* eingeführt werden, wenn auch geeignete Lehrmittel vorliegen. Ein solcher Anpassungsprozess wäre übrigens keineswegs das berüchtigte Rosinenpicken, es ginge, will man in der Metapher des Kuchenessens verbleiben, lediglich darum, die verbrannten und ungeniessbaren Stücke wegzuschneiden. Analog zum Aargau könnte man z.B. auf die Zusammenlegung der Fächer Geschichte und Geografie ganz verzichten, und die Zusammenlegung der Naturwissenschaften könnte, wenn man sie denn beibehalten möchte, zumindest so lange hinausgeschoben werden, bis genügend Geld vorhanden ist, um die Lehrkräfte mit der gebotenen Seriosität weiterzubilden.

Meine Hoffnung ist allerdings, dass noch vor der Abstimmung über den Austritt Basellands aus dem HarmoS-Konkordat die BKSD ebenso wie die EDK zur Erkenntnis gelangen, dass es jetzt angezeigt ist, die Bedenken der HarmoS-Skeptiker ernst zu nehmen und zur Rettung des HarmoS-Projekts auch Kompromisse einzugehen, etwa hinsichtlich der Zusammenlegung von Fächern, dem Einführungsfahrplan für den Lehrplan 21 oder hinsichtlich des Obligatoriums, auch die schwächsten Schülerinnen und Schüler in zwei Fremdsprachen zu unterrichten. Auf nationaler Ebene muss zudem der Fokus weg von der Wahnidee, Bildung durch immer mehr Bildungsmessung managementartig zu steuern, und hin zum Abbau der Mobilitätshindernisse gerichtet werden. Die Frage ist nicht, ob die kantonalen Bildungssysteme harmonisiert werden sollen. Die Frage ist, wer unter dieser Harmonisierung was versteht. Wenn einige wesentliche Parameter richtig justiert würden, wäre für mich der Austritt aus dem HarmoS-Konkordat keineswegs zwingend. Die bisher verwirklichte HarmoS-Umsetzung jedoch vermag uns und die überwiegende Mehrheit unserer Mitglieder nicht zu überzeugen.

Fazit: Die Tür zu HarmoS ist für uns immer noch einen Spalt weit offen. Aber die EDK und mit ihr Bildungsdirektor Urs Wüthrich sollten sich gut überlegen, wie sie jetzt auf die Lancierung einer HarmoS-Austrittsinitiative reagieren: Sie können entweder Ängste schüren, Drohungen aussprechen und versuchen, die HarmoS-Skeptiker lächerlich oder unmöglich zu machen, oder sie können deren Argumente anhören und mit ihnen darüber in einen Dialog treten, in welche Richtung sich HarmoS bewegen sollte. Bei der Masseneinwanderungsinitiative haben die Gegner im In- und Ausland ausschliesslich auf die erste Taktik gesetzt und sind damit gescheitert. Wenn der EDK und der BKSD etwas an HarmoS gelegen ist, müssen sie aus dem Debakel vom 9. Februar etwas lernen.